

Die „Charta '77“: ein politisch-kirchliches Dilemma

Kaum ein Bürger- oder Menschenrechtsdokument dürfte in den letzten Jahren in West und Ost soviel Aufsehen erregt haben wie die inzwischen von mehr als 450 tschechoslowakischen Intellektuellen unterzeichnete „Charta '77“. Das große Echo im Westen wie die scharfen Reaktionen und Kampagnen gegen die Unterzeichner seitens der tschechoslowakischen Regierung und Partei und die nachfolgenden Sympathiebekundungen von Gruppen von Intellektuellen auch in kommunistischen Staaten – in Polen, Ungarn und Jugoslawien, in Rumänien und sogar in der Sowjetunion – ist zunächst zweifellos bedingt durch die besondere Situation des Landes seit dem Prager Frühling und der Besetzung der ČSSR durch Truppen des Warschauer Paktes bzw. durch die Sowjets. In keinem Ostblockland haben sich die innenpolitischen Verhältnisse so sehr verhärtet, hat sich der Druck der Partei und der Behörden so sehr verstärkt, ist in gewissem Sinne die Restalinisierung soweit gediehen wie in der Tschechoslowakei; die völlig intransigente Religions- und Kirchenpolitik der KPC und des von ihr abhängigen Staatsapparates ist nur ein, wenn auch besonders eklatantes Beispiel dafür.

Ein gewisses Überraschungsmoment war an der Wirkung der „Charta '77“ wohl auch beteiligt. Wohl wirkten in allen Ostblockländern sowohl die *Schlussakte von Helsinki* wie die gelegentlichen Distanzierungsversuche westeuropäischer kommunistischer Parteien gegenüber Menschenrechtsverletzungen im Ostblock auf Bürgerrechtsbewegungen in kommunistischen Ländern stimulierend, aber gerade im Prager politischen Klima der siebziger Jahre hatte man mit einer solchen Initiative kaum gerechnet.

Zwar hat es in den letzten Jahren trotz aller Aussichtslosigkeit auf einen auch nur begrenzten Erfolg immer wieder Versuche einzelner gegeben, die sich wegen Menschenrechtsverletzungen zu Wort gemeldet hatten, aber Anzeichen einer breiter um sich greifenden *Bürgerrechtsbewegung* hatte es bis Ende 1975 nicht gegeben. Die Intelligenzija, die 1968 nicht emigriert war, hatte nicht einfach aufgegeben, aber war doch völlig auf sich selbst zurückgeworfen. Auch die Vision von einem „humanen Sozialismus“ von 1968 war nicht völlig aufgegeben, doch die Wege, sich neu, und sei es auch nur im kleinsten Kreis, zu artikulieren, schienen versperrt. Um so bemerkenswerter erscheint die Aktion von Anfang Januar, an der sowohl Intellektuelle verschiedener Richtung wie auch ehemalige Reformpolitiker sich beteiligt haben und die eine zwar ausgewogene, ja leidenschaftslos nüchterne, aber doch sehr eindeutige Sprache spricht.

Was will die Charta?

Man würde die Wirkung der Charta aber falsch einschätzen, sähe man in ihr nur das Produkt einer bestimmten internationalen politischen Konjunktur. Wenn dieses Dokument über Wochen die internationale Presse und auch die Bevölkerung in der ČSSR beschäftigte, die ja durch westliche Medien doch wesentlich besser unterrichtet war, als die offiziellen Stellen in Prag einzuräumen bereit waren, so lag oder liegt es wohl auch an der Art, wie die „Charta '77“ bzw. ihre Unterzeichner ihre Ziele formulieren.

Diese *weigern sich entschieden, sich als Dissidenten einstuft zu lassen*; sie wollen keine politische Opposition, schon gar keine organisierte gegen das

System sein. Sie wollen „nicht eigene Programme politischer oder gesellschaftlicher Reformen oder Veränderungen aufstellen“, sondern die Initiative „Charta '77“ sucht „in ihrem Wirkungsbereich einen konstruktiven Dialog mit der politischen und staatlichen Macht zu führen, insbesondere dadurch, daß sie auf verschiedene konkrete Fälle hinweist, deren Dokumentation vorbereitet, Lösungen vorschlägt, verschiedene allgemeine Vorschläge unterbreitet, die auf Vertiefung dieser Rechte und ihrer Garantien abzielen und als Vermittler in anfallenden Konfliktsituationen wirkt, die durch Widerrechtlichkeit verursacht werden können.“ *Auflehnung gegen Widerrechtlichkeit, nicht Systemveränderung ist das Stichwort*. Sie bewegen sich – übrigens durchwegs nach schon praktiziertem Muster sowjetischer Bürgerrechtler – völlig im Rahmen der Gesetze. Was sie anstreben, ist allein die Verwirklichung von durch Gesetze und internationale Verträge, die von der ČSSR mitunterzeichnet und ratifiziert worden sind, garantierten Bürger- und Menschenrechten. Die *Schlussakte von Helsinki* wie verschiedene von der ČSSR ratifizierte UN-Deklarationen, die zeitlich der Konferenz von Helsinki vorausliegen, dienen als Bezugspunkt.

Aber sie sprechen das Thema Menschen- und Bürgerrechte so präzise und so umfassend an, daß zwar nicht das ganze System, wohl aber die Fehler im System an den Pranger gestellt werden: Viele Grundrechte des Bürgers stünden in der ČSSR nur auf dem Papier; „völlig illusorisch“ sei z. B. das Recht auf freie Meinungsäußerung. Zehntausenden von Bürgern werde es „nur deshalb unmöglich gemacht, in ihrem Fach zu arbeiten, weil sie Ansichten vertreten, die sich von den offiziellen Ansichten unterscheiden“; sie seien häufig Objekt vielfältigster Diskriminierung und Schikane durch Behörden und „gesellschaftliche“ Orga-

nisationen; jeder Möglichkeit der Verteidigung beraubt, würden sie praktisch zum Opfer einer „Apartheid“. Hunderttausende lebten in Furcht, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, falls sie ihre Meinung frei äußerten. Die Unterzeichner beklagen, was auch in anderen Ostblockstaaten, bekanntermaßen auch in der DDR, der nicht völlig parteikonformen Bevölkerung das Leben übermäßig schwer macht: *den Ausschluß vom Studium von Kindern und Jugendlichen* nicht nur wegen eigener dissentierender Meinungen, sondern auch wegen abweichender Meinungen der Eltern. Sie beklagen die *Unterdrückung freier Meinungsäußerung in den Medien* und im politischen, wissenschaftlichen und künstlerischen Bereich: öffentliche Kritik an gesellschaftlichen Krisenerscheinungen werde unmöglich gemacht; öffentliche Verteidigung gegen unwahre und beleidigende Behauptungen seitens der öffentlichen Propaganda sei unmöglich; Richtigstellungen seien nicht zu erwirken; Versuche, über den Gerichtsweg Abhilfe zu schaffen, seien vergeblich. Ausdrücklich fordern die Initiatoren der Charta unter Berufung auf den „Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte“ von 1966 *Bekennnisfreiheit*; diese werde „von machthaberischer Willkür systematisch eingeschränkt: durch Beschneidung der Tätigkeit von Geistlichen, über denen dauernd die Drohung des Entzugs oder des Verlusts der staatlichen Billigung der Ausübung ihrer Funktion schwebt; durch existentielle oder andere Repressalien gegenüber Personen, die ihr religiöses Bekenntnis durch Wort oder Tat bekunden; durch Unterdrückung des Religionsunterrichts und ähnliches“.

Durch die Charakterisierung solcher Grundrechtsverletzungen und über sie hinaus geben die Autoren und Unterzeichner der Charta eine ziemlich exakte Zustandsbeschreibung der tschechoslowakischen Innenpolitik, insbesondere der Ausübung der Staatsgewalt und der minuziösen und diskriminierenden Staatskontrollen. *Sie nennen nicht nur die Rechtsverletzungen, sondern auch die Instrumente,*

derer sich die staatlichen Behörden dabei bedienen. Als Hauptinstrument „der Einschränkung und häufig auch der völligen Unterdrückung“ von bürgerlichen Rechten bezeichnen sie das „System faktischer Unterordnung sämtlicher Institutionen und Organisationen im Staat unter die politischen Direktiven des Apparats der regierenden Partei und unter die Beschlüsse machthaberisch einflußreicher Einzelpersonen“ (womit sie wohl auch auf die stalinistischen „Falken“ im Partei- und Staatsapparat anspielen, die über die Position von Staats- und Parteichef *Gustav Husak* noch hinausgehen). Beschlüsse würden von solchen Apparaten und Personen vorwiegend hinter den Kulissen und oft nur mündlich gefaßt; sie seien den Bürgern vielfach nicht bekannt und durch sie nicht kontrollierbar, während die Urheber niemandem verantwortlich blieben als sich selbst und ihrer eigenen Hierarchie. *Besonders angesprochen wird der Kontrollapparat des Innenministeriums:* das Abhören von Telefonen und Wohnungen, die Überwachung der Post, die Bespitzelung durch Einschaltung dritter. Oft greife das Innenministerium dabei in die Entscheidungen der Arbeitgeber ein, inspiriere diskriminierende Aktionen von Behörden und Organisationen, beeinflusse Justizorgane und lenke auch die Propagandakampagnen der Kommunikationsmittel.

Welche Motive leiten ihre Initiatoren?

Wenn so die Fehler im politischen System, das die Verwirklichung der Menschen- und Bürgerrechte behindert oder unterdrückt, schonungslos beim Namen genannt werden, so wird doch in keiner Passage der Charta und auch nicht in den sonst bekanntgewordenen Dokumenten der Unterzeichner bzw. der Sprechergruppe der Staat bzw. das kommunistische System als solches angegriffen. Die Unterzeichner, an ihrer Spitze als gegenwärtig offizielle Sprecher (falls sie in ihrer Funktion behindert werden sollten, ist vorgesorgt, daß andere sie übernehmen) der ehemalige Außen-

minister unter *Dubček, Jiri Hajek*, der Prager Philosophieprofessor und Husserl-Forscher *Jan Patočka* und der seit Mitte Januar verhaftete Schriftsteller *Vaclav Havel*, sind gewiß keine unpolitischen Leute, aber *die moralische Motivation hat offenbar ganz eindeutig Vorrang vor der politischen.* Das wird deutlich in der Charta selbst, in der sich die Unterzeichner beschreiben als „Menschen verschiedener Überzeugungen, verschiedener Religionen und verschiedener Berufe, verbunden durch den Willen, sich einzeln und gemeinsam für die Respektierung der Bürger- und der Menschenrechte in unserem Land und in der Welt einzusetzen...“

Noch deutlicher wird der Vorrang des Moralischen in einem Brief von *Prof. Patočka* an die „FAZ“ (dort veröffentlicht in der Ausgabe vom 2. 2. 77): Bei der „Charta '77“ handle es sich „um keinen im engeren Sinne politischen Akt“, ihre Grundlage sei „rein persönlich-sittlich“, und die aus ihr herrührenden Verpflichtungen hätten denselben Charakter. Zweifellos handelt es sich bei dieser Charakterisierung nicht nur um Schutzbeteuerungen aus politischer Vorsicht. Interessant ist die Argumentation *Patočkas*. Angesichts der „technischen“ Übermacht der Staatsapparatur fordert er *die Unbedingtheit der moralischen Geltung* in ihrem Vollzug: „etwas grundsätzlich Untechnisches, nicht bloß Mittelhaftes wird verlangt, eine nicht hinterlistige und gelegentliche Moral, sondern eine schlechthinige“. Ohne eine solche Grundlage, ohne eine Überzeugung, die keine Sache der Opportunität, der Umstände und der erwarteten Vorteile sei, könne keine technisch noch so gut gerüstete Gesellschaft funktionieren. Mit einem Wort: *Patočka*, der einschränkend erklärt, er spreche für sich persönlich, geht es *um die Humanisierung des Staates durch objektive Moralkriterien, die in konkretes Recht umgesetzt werden.*

Von Humanisierung durch Verwirklichung von Menschenrechten sprach nach einer AP-Meldung vom 21. Januar auch *Jiri Hajek* in einem Gespräch mit einem westlichen Pressevertreter. Er meinte als Reformkom-

munist freilich *eine Humanisierung, die die kommunistische Partei der ČSSR näher an einen humanistischen Sozialismus heranzuführt*. Er setzte dabei auf die Wirkungen der Entspannungspolitik und auf Entwicklungen im Eurokommunismus.

Trotz äußersten Bemühens um politische Zurückhaltung bekamen die Verfasser und Unterzeichner der Charta, soweit sie den Behörden bekannt wurden, sehr bald am eigenen Leibe zu spüren, was sie als Mißbrauch der Staatsgewalt gegen die Ausübung von Bürgerrechten beschrieben hatten: hochnotpeinliche Verhöre, Hausdurchsuchungen durch die Sicherheitspolizei, Beschlagnahme von persönlicher Habe, Manuskripten und Büchern, Häufung von anonymen Morddrohungen, gesteuerte Gegenaktionen durch angeblich „spontane“ Sympathiebekundungen zugunsten der Partei durch Arbeiter, Hausfrauen und parteihörige Intellektuelle, Schriftsteller und Unterhaltungskünstler, erpresserische Kampagnen durch die Medien, öffentliche Bloßstellung durch Veröffentlichung von kompromittierenden Photos und von Vorgängen der privaten Sphäre, durch die der moralische Ruf der Unterzeichner in der Bevölkerung unterminiert werden sollte. Mehrmals fortgeschriebene Erklärungen der Sprechergruppe und Briefe von *Pavel Kohout* an Bekannte im Westen geben Aufschluß über die Polizeimaßnahmen und Repressalien, denen sie seit Bekanntwerden der Charta ausgesetzt sind. Nach Kohout (vgl. NZZ, 2. 2. 77) hat die *außergerichtliche Verfolgung der Betroffenen Formen angenommen, wie man sie seit den fünfziger Jahren, seit dem Slanski-Prozeß, nicht mehr erlebt habe*. Seit der zweiten Januarwoche läuft die ganze Antipropaganda-Maschinerie der staatlichen Medien, animiert und angeführt durch das offizielle Parteiorgan „Rude Pravo“, der ihrerseits die Moskauer Prawda mehrmals sekundiert hat. Die publizistische Antipropaganda findet ihre kapillarische Fortsetzung in Gewerkschafts- und Betriebsversammlungen, wo in gelenkten Kundgebungen und Diskussionen in bewegtem Parteiunisono

vom etablierten Professor bis zum „einfachen“ Arbeiter den Unterzeichnern vorgeworfen wird, sie vernichteten den Sozialismus, sie zerstörten die Republik, und natürlich wird auch das „Krisenjahr 1968“ beschworen.

Interessant ist, daß, obwohl die Antipropaganda schon bis Mitte Januar in der ganzen Tschechoslowakei angelaufen ist, polizeiliche Maßnahmen im böhmisch-mährischen Gebiet intensiver eingesetzt wurden als in der Slowakei; das hing wohl damit zusammen, daß die Aktion um die Charta wenigstens am Beginn hauptsächlich ein tschechisches Unternehmen war. Dort herrscht ein lebendigeres kulturelles und intellektuelles Klima, entsprechend ist auch der politische Druck und zugleich der Wille zum Widerstand stärker als in der Slowakei. Im übrigen ist man bemüht, jeden Kontakt zwischen den beiden Landesteilen außerhalb der Führungsgremien der beiden „Bruderparteien“ möglichst zu unterbinden. Doch scheint man bei der KPČ von Anfang an ein stärkeres Übergreifen auf den slowakischen Landesteil befürchtet zu haben, anders wären die enge politische Kontaktnahme der Prager Führung mit Preßburg und die gewissenhaften Vorkerhungen der Polizei an den dortigen Universitäten bereits Anfang Januar nicht zu erklären gewesen.

Was tut die Kirche?

Angesichts der Reichweite des Unternehmens „Charta '77“ waren Wirkungen für die Kirche zu erwarten, mehr oder weniger sogar unabhängig davon, wie sie sich selbst bzw. ihre Bischöfe verhalten würden. Aber davon abgesehen: Die Kirche mußte sich von dem Dokument und der hinter diesem stehenden Bewegung in besonderer Weise angesprochen fühlen. Und zwar nicht nur, weil zu den Unterzeichnern neben bekannten Dialog-Kommunisten aus der Zeit des Prager Frühlings, wie der damaligen Leiterin des staatlichen Kirchenamtes, Frau *Kadlečova*, die im Westen auch aus der Zeit der Marxismusgespräche der Paulus-Gesellschaft bekannt ist, auch mehrere

Geistliche katholischer und protestantischer Konfession gehörten. Denn die Durchsetzung der Religionsfreiheit ist eines der erklärten Ziele der Charta. Zwar vertreten alle Bürgerrechtsbewegungen mit ihren Freiheitsforderungen in Ostblockländern wenigstens indirekt auch die Sache der Religionsfreiheit; daß aber eine Gruppe, die mehrheitlich aus Nichtchristen besteht, diese ausdrücklich in ihr Programm aufnimmt, dürfte doch relativ neu sein. Wollte die Kirche diese desavouieren, verlöre sie selbst ihre letzte Glaubwürdigkeit. Wo setzen sich schon Kommunisten für die freie Amtsausübung katholischer Geistlicher ein? (Übrigens ist in der Charta als einziges ganz konkretes Beispiel der Unterdrückung der Freiheit der Kunst unter dem Deckmantel krimineller Beschuldigung eine bekannte Gruppe junger Pop-Sänger mit betont religiöser Ausrichtung genannt, deren Mitglieder im Sommer 1976 wegen „Rowdytum, Antisozialismus, Nihilismus und Klerikalismus“ zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt worden waren; vgl. Kathpress, 25. 1. 77.) Andererseits steht die Kirche selbst in beiden Landesteilen unter so starkem Druck und unter so scharfer direkter und indirekter Kontrolle von Staat und Partei (nicht zuletzt auch durch kollaborationswillige „Pacem-in-terris-Priester“ bis hinauf in die Diözesanleitungen), daß die Kirche in ihrem eigenen Handeln nur begrenzt frei ist und sie zugleich die längerfristigen Folgen einer Solidarisierung mit der Bewegung um die „Charta '77“ zu überlegen hat.

Eine breite öffentliche Solidarisierung aus der Kirche oder gar eine offene Zustimmung der in ihrem Handlungsspielraum ungemein eingegengten und im Verhältnis zum Staat auch nicht einigen Hierarchie war unter solchen Umständen nicht zu erwarten. Gleichwohl bleibt das Faktum, daß dort, wo es um Durchsetzung von Menschenrechten unter totalitären Herrschaftssystemen geht, die Kirche, so schwach ihre Position auch sein mag, in vorderster Front erwartet wird, zumal wenn die Verfechter von Bürgerrechten um die eigenen, den Religionsgemeinschaften vorenthalte-

nen Freiheitsrechte mitkämpfen. Deshalb wartete man mit einiger Sorge und Spannung, ob die Bischöfe Stellung nehmen und wie sie es tun würden. Dieser Sorge entsprangen wohl auch gewisse warnende „Vorausmeldungen“ (vgl. eine Stellungnahme aus der Ackermann-Gemeinde in KNA, 25.2.77; der Wortlaut wurde öffentlich erst Ende Januar bekannt), die Bischöfe würden möglicherweise zu einer Distanzierung gezwungen werden. Mitte Januar kamen die beiden *Stellungnahmen des tschechischen und des slowakischen Episkopats*. Sie erfolgten getrennt, was an sich nicht weiter verwunderlich war, weil die Regierung jede kirchliche Kooperation zwischen den beiden Landesteilen unterbindet. Aber die Unterschiede zwischen den beiden Erklärungen (die tschechische erfolgte am 14., die slowakische am 17. Januar) betreffen mehr als nur Nuancen. Und offenbar waren auch die Umstände, unter denen die beiden Erklärungen zustande kamen, recht verschieden.

In Prag unterzeichnete nach einer dreitägigen Versammlung der Ordinarien (nach nicht dementierten Gerüchten sollen sie vom staatlichen Kirchensekretariat dazu „veranlaßt“ worden sein) der Apostolische Administrator, Bischof *František Tomásek*, „für die Ordinarien“ einen Text, in dem festgestellt wird: 1. Das öffentliche Leben in der Tschechoslowakei sei „in der letzten Zeit durch die Veröffentlichung in der Tagespresse über die ‚Charta 77‘ gestört worden“. 2. Die Bischöfe seien „keine Signatare dieser Charta“. 3. Für den *Bereich des religiösen Lebens* (Hervorhebung v. d. Red.) seien die Bischöfe die allein kompetenten Beurteiler der Lage: „Niemand anderer, also auch nicht aus den Reihen der Priester und Gläubigen, ist autorisiert, eine Stellungnahme zur Kirche in unserer Heimat abzugeben.“ Diese Erklärung stellt Tatsachen fest, eine Distanzierung, jedenfalls eine direkte, kann aus ihr kaum herausgelesen werden. Die beklagte Beunruhigung im Lande bezog sich ja auch nur auf die *Diskussion über die Charta*, nicht auf diese selbst. Der letzte Satz muß wohl als indirekte Distanzierung gewertet werden; doch indem die Bi-

schöfe entschieden ihre Alleinzuständigkeit in kirchlichen Belangen beanspruchen, distanzieren sie sich auch von anderen „Mitsprechern“, z.B. von den Pacem-in-terris-Friedenspriestern bzw. von deren Führern. Schließlich fällt auf, daß die Bischöfe diese ihre Rolle auf den religiösen Bereich begrenzt halten und dadurch Raum lassen, gesellschaftliche Vorgänge kirchenfrei zu beurteilen. Doch wie immer die Erklärung gemeint war und was in sie im In- und Ausland hineininterpretiert wurde, den Bischöfen scheint es in Prag auf jeden Fall gelungen zu sein, sich einer vorgefertigten Erklärung des staatlichen Kirchenamtes zu widersetzen.

Bitterer Nachgeschmack

Anders liefen die Dinge in der *Slowakei*. An sich möchte man meinen, die Bischöfe in der Slowakei, wo kirchliches Bewußtsein und katholische Tradition in der Bevölkerung noch stärker verankert sind als in der Tschechei, könnte die kirchliche Führung einen im Vergleich zu den tschechischen Bischöfen höheren Grad an Unabhängigkeit behaupten. Aber ob in Preßburg die staatliche Regie besser funktioniert hat, ob sich die dortigen Bischöfe vom staatlichen Kirchenamt einfach überrumpeln ließen oder ob sie auch von sich aus nachgiebiger waren als die tschechischen Bischöfe bzw. Bischof Tomásek, sie unterschrieben jedenfalls eine ihnen auf dem „traditionellen“ Neujahrsempfang des slowakischen Kultusministers vorgelegte Erklärung, in der es wörtlich heißt: „Es ist nicht zu wünschen, und wir identifizieren uns nicht mit den Aktionen, die keine Positiva unserer sozialistischen Gesellschaft zur Kenntnis nehmen wollen. Ihre Taten und Handlungsweisen helfen in keiner Weise bei der Lösung der entstandenen Probleme.“ Und weiter: „Wir sind überzeugt, daß wir durch diese Stellungnahme einen Dienst an der Kirche und an unserer sozialistischen Heimat leisten und so dazu beitragen, daß sich die Beziehungen zwischen der Kirche und unserem sozialistischen Staat ständig verbessern.“

Eine totale Desavouierung der Charta muß freilich auch aus dieser offenbar erzwungenen Distanzierung nicht herausgelesen werden. Immerhin halten die slowakischen wie die tschechischen Bischöfe fest, daß es Probleme gibt, die der Lösung harren – im Sowjetbereich, etwa in Verlautbarungen des Moskauer Patriarchats, sind sogar solche „Zugeständnisse“ verpönt. Ein äußerst bitterer Nachgeschmack bleibt freilich nicht zuletzt auch dadurch, daß im Falle Slowakei die Bischöfe nicht Alleinunterzeichner waren, sondern Vertreter „kirchlicher“ Organisationen (Pacem-in-terris-Priester, St.-Adalbert-Vereinigung, „Caritas“), in denen der direkte Einfluß von Staat und Partei noch deutlicher wird, mitbeteiligt waren. Vorgang und Wortlaut der Erklärung genügen, um die Kirche gerade bei denjenigen zu kompromittieren, bei denen sie am ehesten mit einem offenen Ohr rechnen könnte. Aber bitter und unfrei ist eben die Lage der Kirche in allen kommunistischen Ländern.

Einen mehr als bitteren Nachgeschmack verbreiten freilich auch Meldungen, wonach westliche Wirtschaftsunternehmen in Prag ängstlich vorgefühl hätten, ob durch die jetzt aktiv gewordene Bürgerrechtsbewegung wohl nicht der Wirtschaftsaustausch gestört werde. Wir brauchen offenbar nicht nur in der Innenpolitik gelegentlich veränderte Prioritäten (vgl. die Rede von Bundespräsident Walter Scheel auf S. 137), sondern, wenn es um Menschenwürde und Menschenrechte geht, auch in den internationalen Beziehungen.

Der Vatikan scheint jedenfalls aus den jüngsten Vorgängen gelernt zu haben, obwohl solches Lernen für seine Kirchenpolitik in den Ostblockländern bei Gott nicht frei von Risiken ist. Alle vatikanischen Einigungsbildungsorgane erklärten sich jedenfalls zugunsten der Charta-Bewegung. Radio Vatikan schloß am 19. Januar einen Kommentar zur Charta und den Vorgängen in der ČSSR mit der Feststellung: „Es sind jene Rechte, welche die Kirche und insbesondere der gegenwärtige Papst verkünden und bei jeder Gelegenheit und überall auf der Welt verteidigen.“

R. S.